

Titel: Mit der Mehrwertsteuer kann man nicht umverteilen!

Antragssteller*in: JUSOS

Adressat*in: Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die sofortige Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, um kleine und mittlere Einkommen zielgerecht zu entlasten!

Wir fordern die Bundestagsfraktion dazu auf sich für diese Abschaffung einzusetzen.

Wir begreifen die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel als einen Aspekt der Reformierung des Steuersystems hin zu einem sozial gerechten Steuersystem, welche gerechte Maßnahmen zur Umverteilung ergreift. Also kleinere und mittlere Einkommen entlastet und Spitzenverdienende und stark Vermögende belastet.

Begründung:

Laut dem aktualisierten paritätischen Armutsbericht 2021 sind rechnerisch 14,1 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen. Diese Menschen fühlen sich durch die Inflation und die steigenden Preise massiv unter Druck gesetzt. Sie sorgen sich darum, ob und wie sie sich Miete, Strom und Produkte des alltäglichen Bedarfs in Zukunft noch leisten können. Derzeit unterstützen die Tafeln etwa zwei Millionen Menschen – dies sind mehr Menschen als je zuvor. Die Belastungsgrenze bei den Helfern sei allerdings erreicht, warnte der Vorsitzende des Tafel-Dachverbandes Jochen Brühl. Die Einrichtungen könnten nicht das auffangen, was der Staat nicht schaffe. Im Sommerinterview mit Olaf Scholz berichteten Armutsbetroffene davon, dass ein Großteil der Maßnahmen zur Entlastung nicht bei diesen angekommen sei. Der Ökonom und Betriebswirt Maurice Höfgen beschreibt als eine Maßnahme, die direkt prekäre Haushalte entlasten würde, die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.

Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wird bei Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen die Steuerbelastung von indirekten Steuern dominiert. Dies läge daran, dass durch indirekte Steuern wie der Mehrwertsteuer vor allem ärmere Haushalte im Verhältnis zu deren laufenden Einkommen stärker belastet werden als reichere Haushalte. Die größte indirekte stellt hierbei die Mehrwertsteuer dar. Für die Porsche-Fahrer:in aus Düsseldorf ist diese Steuer vielleicht kaum von Bedeutung für die Reinigungskraft aus dem Pott stellt sie eine Belastung dar.

Höfgen sieht die Mehrwertsteuer als ein nicht geeignetes Instrument der Umverteilung an, da z. B. bei Erhöhung der Mehrwertsteuer sich eben nicht nur die Konsumprodukte der Spitzenverdienenden erhöhen, sondern eben auch der prekär Beschäftigten. Zur Umverteilung eignen sich etwa die progressive Einkommenssteuer, die Vermögenssteuer, die Übergewinnsteuer oder die Erbschaftssteuer. Eine gerechte Umverteilungspolitik senkt die Mehrwertsteuer, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und nutzt zur Umverteilung eine progressive Steuerpolitik, d. h. eine stufenweise nach Einkommen angepasste Besteuerung.